

Gewerkschaftsforum Hannover:

Der folgende Artikel erschien leicht gekürzt in einem Umfang von 4.955 Zeichen in der „jungen Welt“ vom **20.8.2008**. Hier die komplette Originalversion (5.456 Zeichen).

Keine Eile

Die tschechische Regierung vertagt Euro-Einführung auf 2019 und sorgt für überraschende Fronten

Wal demar Bol ze

Ihren Verfechtern gilt die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion seit dem Start 1999 als „Erfolgsmodell“ und „alternativlos“. Tatsächlich konnten und können viele osteuropäische Länder den Beitritt zur Eurozone kaum abwarten. Nachdem Slowenien die Einheitswährung bereits 2007 einführte, folgt am 1. Januar 2009 die Slowakei. Weitere ehemalige RGW-Staaten stehen in den Startlöchern. Dass selbst kleine Länder wie Dänemark in Zeiten der „Globalisierung“ auch gut ohne Euro leben können, mag da noch als Sonderfall einer westlichen Wohlstandsinsel gelten. Doch nun lassen, der „Neuen Zürcher Zeitung“ zufolge, auch „Regierungskreise“ in Prag durchblicken, dass sie die Einführung des Euro erst in mehr als zehn Jahren anstreben. Während kurz vor dem EU-Beitritt 2003 noch der Zeitraum 2009 / 2010 anvisiert wurde, erscheint der aus Konservativen, Christdemokraten und Grünen bestehenden Regierung unter Ministerpräsident Mirek Topolánek inzwischen das Jahr 2019, in dem die tschechische bzw. tschechoslowakische Krone ihren 100. Geburtstag feiert, als völlig ausreichend. Gleichzeitig lobt Staatspräsident Vaclav Klaus bei jeder Gelegenheit das irische Nein zum Lissaboner EU-Vertrag als Sieg von Freiheit und Vernunft über ein künstliches, elitäres Projekt. Um Wählerstimmen muss er dabei nicht fürchten. Die Mehrheit der Bevölkerung kann sich weder für den Aufguss der gescheiterten EU-Verfassung begeistern noch sieht sie in der Übernahme des Euro die Krönung ihrer „Rückkehr nach Europa“.

Die auf den ersten Blick überraschende Renitenz der Wähler und der Exekutive in Prag hat in erster Linie ökonomische Gründe. In den letzten Jahren hat keine andere Währung der Welt einen ähnlich starken Wertzuwachs gegenüber dem Euro erfahren wie die Tschechische Krone. Mussten 2005 noch 29,77 Kc für einen Euro bezahlt werden, so sind es aktuell nur noch 24,15 Kc. Begleitet wurde diese Aufwertung der Krone durch ein überdurchschnittliches Wirtschaftswachstum, das in den letzten drei Jahren jeweils bei 6,4 bzw. 6,5% lag, niedrigen Zinsen, einer moderaten Inflation und florierenden Exporten. Der Außenhandelsüberschuss erhöhte sich von 1,3 Milliarden Euro 2005 auf 3,1 Mrd. in 2007. Erzielt wurde er im Wesentlichen im Handel mit den anderen EU-Staaten, wobei Deutschland mit 28,2% der Importe und 30,9% der Exporte der bei weitem wichtigste Handelspartner ist. (Mit einem Anteil von 7,8% ist die VR China zweitwichtigster Lieferant und die Slowakei mit 8,8% zweitwichtigster Abnehmer.)

Im Gegensatz zu anderen Staaten wird das tschechische Wachstum nicht durch einen Bauboom getragen, sondern vor allem von der Industrie. Während sich der

Bausektor im vergangenen Jahr mit + 1,7% unterdurchschnittlich entwickelte, wuchs die verarbeitende Industrie mit + 11,1% fast doppelt so stark wie die Gesamtwirtschaft. Stärkste Branchen waren dabei die Gummi- und Kunststoffherzeugung (+ 20,1%), der Maschinen- und Ausrüstungsbau (+ 17,7%), die Produktion elektrischer und optischer Geräte (+ 16,1%) sowie der Fahrzeugbau (+13,9%).

In der Diskussion um die Euro-Einführung kommt es daher zu ungewöhnlichen Konstellationen. Viele Tschechen fragen sich, warum sie eine Währung, die zu einer Senkung beispielsweise der Arbeitslosenquote auf nur noch 5,3% beigetragen hat und mit der sie immer mehr Importgüter kaufen können (die ihnen im Verhältnis zur Eurozone also eine indirekte Lohnerhöhung beschert), gegen einen schwächeren Euro eintauschen sollen. Die Zentralbank des Landes macht ebenfalls keinen Druck. Sie weiß es zu schätzen, dass die Anpassung des einheimischen Preisniveaus an die höhere westeuropäische Inflation noch für geraume Zeit durch einen flexiblen Wechselkurs abgefedert wird.

Die oppositionellen Sozialdemokraten der CSSD, die bei den Parlamentswahlen im Juni 2006 mit 32,3% hinter der konservativen ODS (35,4%) zweitstärkste Partei wurden, fordern hingegen ein höheres Tempo und die Festsetzung eines klaren Zeitpunkts für die Einführung des Euro. Unterstützt werden sie dabei von großen Teilen der Unternehmerschaft, die zwar Stammwähler der ODS sind, durch eine weitere Aufwertung der Krone aber längerfristige Einbußen beim Export befürchten. Schon heute verwendet die Hälfte aller Firmen den Euro im Binnenhandel als Referenzwährung.

Die Regierung zeigt sich von diesem Druck allerdings wenig beeindruckt, da sie auf die stillschweigende Unterstützung der Europäischen Zentralbank bauen kann. Die NZZ als wichtigstes Organ des Züricher Bankenplatzes berichtete am 7.8.2008, dass die Frankfurter Währungshüter *„mit Tschechiens Reserviertheit durchaus leben“* könnten, ja sie sogar *„begrüßen“*. Innerhalb der EZB seien *„zahlreiche Stimmen zu vernehmen, die etwa den Beitritt der Slowakei zur Euro-Zone im kommenden Jahr als verfrüht betrachten“* und einen *„steilen Anstieg“* der Inflation befürchteten. Eine Entwicklung, wie sie in Slowenien bereits zu beobachten ist. Tschechiens *„bedachtsames Herantasten“* an die Eurozone könne *„für andere Transformationsstaaten“* als *„Vorbild“* dienen. Wohl auch deshalb weil die Prager Jamaika-Koalition sich nur dann Vorteile vom Euro verspricht, wenn es vorher gelingt das Rentensystem und den *„rigiden Arbeitsmarkt“* zu reformieren und zu flexibilisieren. Auch ohne Euro wird die Konfliktbereitschaft und politische Autonomie der Gewerkschaften und der tschechischen Linken also gefordert sein.

Vorbemerkung: Gewerkschaftsforum Hannover

Kontakt: gewerkschaftsforum-H@web.de